

Die Corona-Krise in der DG Belgiens

Ergebnisse der Einschätzungen der Bewohner der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens im Sommer 2022

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
1 Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	4
1.1 Persönliche Zukunftsaussichten	4
1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten	6
2 Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise	8
2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise	8
2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise.....	10
2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise.....	12
2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise	14
3 Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger	16
4 Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise.....	18
4.1 Akzeptanz der politischen Maßnahmen	18
4.2 Sorgen in Bezug auf die Corona-Pandemie im Herbst 2022	20
5 Informationsverhalten und Informationsstand	22
6 Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise	25
7 Corona-Impfungen.....	32
7.1 Impfstatus und Impfbereitschaft.....	32
7.2 Meinungen und Einstellungen zur Corona-Impfung	36
8 Zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse	42

Vorbemerkung

Seit dem Winter 2020 stellt die Corona-Krise öffentliche Einrichtungen, Unternehmen, gesellschaftliche Vereinigungen und Bürgerinnen und Bürger vor große Herausforderungen.

Um die Auswirkungen der Krise auf die Entwicklung Ostbelgiens abschätzen und neue Perspektiven für die Zukunftsgestaltung entwickeln zu können, hat das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens nach vorangegangenen Erhebungen im Juni und November 2020, im März und Juli 2021 sowie im Februar 2022 forsa erneut damit beauftragt, ein aktuelles Meinungs- und Stimmungsbild der Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu ermitteln.

Befragt wurden dazu vom 21. Juli bis 4. August 2022 1.000 Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Einige der Fragen aus den vorigen Erhebungen wurden in der aktuellen Befragung erneut gestellt, um Zeitvergleiche vornehmen und mögliche Veränderungen im Zeitverlauf aufzeigen zu können.

Die Erhebung wurde mithilfe computergestützter Telefoninterviews durchgeführt.

Die Befragten wurden nach einem systematischen Zufallsverfahren ausgewählt. Dabei wurden zunächst Haushalte anhand computergenerierter Telefonnummern zufällig ausgewählt. In einem zweiten Schritt wurde mithilfe einer weiteren Zufallsauswahl die Befragungsperson für den jeweiligen Haushalt ermittelt. Dieses Verfahren stellt sicher, dass alle Bevölkerungs- und Altersgruppen einschließlich der Jüngeren in der Stichprobe vertreten sind.

Die Untersuchungsergebnisse werden im nachfolgenden Ergebnisbericht vorgestellt.

Die ermittelten Ergebnisse sind repräsentativ und können mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens übertragen werden.

1 Die künftige Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

1.1 Persönliche Zukunftsaussichten

Nach wie vor blickt eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinden Belgiens eher bzw. sehr optimistisch in die persönliche Zukunft (70 %).

Dennoch ist der Anteil derjenigen, die mindestens eher optimistische persönliche Zukunftsaussichten angeben, seit Juli 2021 weiter leicht rückläufig und liegt nun auf dem niedrigsten Stand, seitdem die Frage im Jahr 2011 das erste Mal gestellt wurde.

Dabei blicken insbesondere formal geringer Gebildete und über 59-Jährige seltener als Befragte mit formal höherem Bildungsniveau und Jüngere optimistisch in die persönliche Zukunft.

Persönliche Zukunftsaussichten

Es blicken persönlich in die Zukunft

		sehr optimistisch	eher optimistisch	eher bzw. sehr pessimistisch
		%	%	%
insgesamt:	2011	18	64	17
	2014	15	62	22
	2018	22	63	13
	Juni 2020	14	69	17
	November 2020	13	63	21
	März 2021	13	63	23
	Juli 2021	15	66	18
	Februar 2022	12	64	22
	Juli/August 2022	11	59	29
<hr/>				
Norden		7	65	27
Süden		14	55	30
<hr/>				
Männer		11	63	25
Frauen		11	56	32
<hr/>				
18- bis 29-Jährige		13	60	26
30- bis 44-Jährige		14	62	23
45- bis 59-Jährige		8	63	27
60 Jahre und älter		9	53	35
<hr/>				
Erwerbstätige		12	63	24
Rentner		8	53	36
<hr/>				
ohne Diplom/Primar		8	48	39
mittlerer Abschluss		4	69	26
Abitur/Studium		13	58	28

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

1.2 Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Gefragt nach ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien äußern 62 Prozent der Befragten, dass sie diese eher bzw. sehr optimistisch einschätzen.

Damit sind die Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostbelgien im Sommer 2022 im Vergleich zum Winter dieses Jahres und Sommer letzten Jahres weiter zurückgegangen. Sie liegen nun auf einem ähnlichen Niveau wie im Juni 2020 und März 2021, sind allerdings noch optimistischer als zu Beginn der zweiten Corona-Welle im November 2020.

Frauen beurteilen die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten häufiger als Männer eher oder sehr pessimistisch.

Wirtschaftliche Zukunftsaussichten

Die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in Ostbelgien beurteilen

		sehr optimistisch	eher optimistisch	eher bzw. sehr pessimistisch
		%	%	%
insgesamt:	2011	8	64	28
	2014	6	60	30
	2018	17	67	12
	Juni 2020	7	57	33
	November 2020	6	49	40
	März 2021	6	55	35
	Juli 2021	10	68	18
	Februar 2022	8	65	23
	Juli/August 2022	5	57	33
<hr/>				
Norden		3	56	35
Süden		7	59	31
<hr/>				
Männer		7	64	26
Frauen		3	51	40
<hr/>				
18- bis 29-Jährige		9	56	29
30- bis 44-Jährige		2	55	37
45- bis 59-Jährige		4	59	34
60 Jahre und älter		5	58	32
<hr/>				
Erwerbstätige		6	56	35
Rentner		5	58	31
<hr/>				
ohne Diplom/Primar		7	50	37
mittlerer Abschluss		4	56	34
Abitur/Studium		4	60	32

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2 Sorgen wegen und Betroffenheit von der Corona-Krise

2.1 Die größten Sorgen wegen der Corona-Krise

Auf die offen und ohne Vorgaben gestellte Frage, was ihnen im Zusammenhang mit der Corona-Krise die meisten Sorgen bereitet, nennen die Befragten mit Abstand am häufigsten die Sorge vor weiteren Pandemiewellen und einem Lockdown (27 %, plus 22 Prozentpunkte), gefolgt von der Angst vor einer langanhaltenden Pandemie und den ökonomischen Auswirkungen, wie die wirtschaftliche Lage und ein Konjunkturereinbruch (jeweils 8 %).

Andere Sorgen werden derzeit nur vereinzelt thematisiert.

Darüber hinaus gibt jede/r Fünfte (21 %) – und damit ein gesteigener Anteil der Befragten – aktuell an, keine Sorgen im Zusammenhang mit der Corona-Krise zu haben (plus 13 Prozentpunkte).

Die größten Sorgen im Zusammenhang mit der Corona-Krise

Es bereiten im Zusammenhang mit der Corona-Krise derzeit die meisten Sorgen:	2020:		2021:		2022:	
	Juni	November	März	Juli	Februar	Juli/ August
	%	%	%	%	%	%
weitere Pandemiewellen/Lockdown	10	4	2	16	5	27
Angst vor langanhaltender Pandemie	5	8	10	9	15	8
wirtschaftliche Lage/Konjunkturerinbruch	21	25	23	20	8	8
fehlende Akzeptanz der Maßnahmen	7	9	5	5	2	6
Freiheitsbeschränkungen	6	4	8	6	11	5
Überlastung des Gesundheitssystems	-	11	1	1	1	5
fehlende Kompetenz der Politiker	2	2	4	3	3	3
fehlende Impfbereitschaft	0	0	0	4	6	3
Sorge vor eigener Ansteckung	7	11	4	3	3	3
Rückstand beim Unterrichtsstoff/Lernrückstände der Schüler	6	4	7	7	2	3
Impfpflicht	-	-	-	-	5	3
gesellschaftliche Folgen	7	6	8	12	14	3
fehlende Kontakte	4	9	13	8	8	2
Sorge um Kinder/Jugend	4	5	12	9	9	2
Angst vor Arbeitslosigkeit	9	2	5	3	1	2
Sorge vor Preissteigerungen	2	0	0	2	5	2
Misstrauen generell	-	-	-	-	3	2
fehlende Therapie/fehlender Impfstoff	4	2	15	2	1	2
keine Sorgen	7	5	4	8	8	21

offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; aktuelle Nennungen ab 2 Prozent aufgeführt

2.2 Positive Erfahrungen in der Corona-Krise

Über zwei Jahre nach Pandemiebeginn fällt der Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft mindestens eine positive Erfahrung oder Erlebnis in Bezug zur Corona-Pandemie ein.

Ähnlich wie in den vorangegangenen Erhebungen nennen die Befragten dabei einerseits vor allem zeitliche Aspekte, beispielsweise mehr Zeit mit der Familie zu haben (12 %), eine erlebte Entschleunigung (11 %) oder mehr Zeit allgemein (8 %) sowie andererseits die gemachten Erfahrungen mit dem Arbeiten von zuhause aus sowie der digitalen Lehre in Schulen und Hochschulen (12 %).

Weitere positive Erlebnisse und Erfahrungen in der Corona-Krise, von denen Befragte berichten, sind ein gesteigener Zusammenhalt (7 %) mit beispielsweise mehr Rücksichtnahme aufeinander und positive Erfahrungen im Hinblick auf die eigene bzw. der Gesundheit der Familie (5 %).

Für ein Drittel (34 %) der Befragten hat die Corona-Krise bisher keine positiven Erfahrungen oder Erlebnisse hervorgebracht.

Positive Erlebnisse oder Erfahrungen in der Corona-Krise

Es haben folgende positive Erlebnisse oder Erfahrungen im Zuge der Corona-Krise gemacht:	2020:		2021:		2022:	
	Juni	Novem-ber	März	Juli	Februar	Juli/ August
	%	%	%	%	%	%
mehr Zeit mit der Familie	18	15	14	11	12	12
Home Office/Home Schooling	0	2	7	6	6	12
„Entschleunigung“	17	12	9	13	12	11
mehr Zeit (allgemein)	11	5	6	10	2	8
Zusammenhalt	13	8	5	8	5	7
eigene Gesundheit/Gesundheit der Familie	2	3	2	3	3	5
Rückbesinnung auf das Wesentliche	6	6	6	10	6	4
gestiegene Hilfsbereitschaft	4	4	3	3	4	4
soziale Kontakte gepflegt	3	3	5	7	6	4
Umstellung auf mehr Digitalisierung	5	3	1	2	1	3
zügiges Impfen/Impfkampagne	0	0	0	4	2	3
mehr Sport, mehr Bewegung	0	4	7	5	4	2
Zeit für Haus und Garten	1	1	2	0	2	1
mehr Kreativität, neue Sachen entdecken	0	2	2	2	3	1
Einhalten der Corona-Regeln	4	3	1	3	1	1
weniger (Straßen-)Verkehr	5	1	2	2	1	1
gut für die Natur/Umwelt	4	1	2	2	1	1
geschäftlich erfolgreich	-	-	-	-	1	1
eigene Region entdecken	0	2	2	2	1	1
keine positiven Erfahrungen	25	38	37	31	38	34

offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

2.3 Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

Die große Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner der DG Belgiens (92 %) fühlt sich nicht (mehr) oder lediglich weniger stark durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen persönlich eingeschränkt.

Damit hat der Anteil derjenigen, die sich in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt fühlen, im Vergleich zum Anfang dieses Jahres weiter deutlich abgenommen. Lediglich 8 Prozent der Befragten fühlen sich aktuell sehr stark oder stark eingeschränkt (minus 21 Prozentpunkte).

Persönliche Einschränkung durch die Corona-Krise

Durch die Corona-Krise und die damit verbundenen Maßnahmen fühlen sich in ihrem persönlichen Leben eingeschränkt

		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht
		%	%	%	%
insgesamt:	Juni 2020	9	26	52	13
	November 2020	14	36	41	9
	März 2021	18	39	36	7
	Juli 2021	9	28	51	11
	Februar 2022	9	20	57	14
	Juli/August 2022	3	5	34	58
<hr/>					
Norden		1	5	38	56
Süden		6	5	30	59
<hr/>					
Männer		5	3	33	58
Frauen		2	6	34	57
<hr/>					
18- bis 29-Jährige		2	2	31	64
30- bis 44-Jährige		8	4	26	62
45- bis 59-Jährige		2	6	33	60
60 Jahre und älter		3	7	41	48
<hr/>					
Erwerbstätige		4	5	31	60
Rentner		3	6	41	49
<hr/>					
ohne Diplom/Primar		3	11	49	37
mittlerer Abschluss		1	3	38	58
Abitur/Studium		4	4	29	62

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

2.4 Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

Drei Viertel der Befragten in Ostbelgien sehen nach wie vor keine Auswirkungen auf die finanzielle Situation des eigenen Haushalts durch die Corona-Krise.

17 Prozent erkennen eine Verschlechterung der eigenen finanziellen Lage, während 7 Prozent dahingehend eine Verbesserung durch die Corona-Krise feststellen.

Damit ist die Einschätzung der Auswirkungen der Corona-Lage auf die persönliche finanzielle Situation der Bürgerinnen und Bürger seit Beginn der Corona-Pandemie weitgehend unverändert.

Die finanzielle Situation in der Corona-Krise

Die finanzielle Situation ist durch die Corona-Krise

		besser geworden	schlechter geworden	unverändert geblieben
		%	%	%
insgesamt:	Juni 2020	6	17	77
	November 2020	6	15	78
	März 2021	9	10	81
	Juli 2021	12	9	79
	Februar 2022	7	14	76
	Juli/August 2022	7	17	75
<hr/>				
Norden		7	17	75
Süden		8	17	74
<hr/>				
Männer		8	16	75
Frauen		7	18	74
<hr/>				
18- bis 29-Jährige		7	13	76
30- bis 44-Jährige		10	21	69
45- bis 59-Jährige		6	21	73
60 Jahre und älter		8	13	79
<hr/>				
Erwerbstätige		7	19	74
Rentner		9	11	79
<hr/>				
ohne Diplom/Primar		8	16	75
mittlerer Abschluss		6	14	77
Abitur/Studium		8	18	73

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

3 Das Krisenmanagement der Regierung in der Einschätzung der Bürger

Wie in den vorangegangenen Erhebungen zeigen sich Unterschiede bei der Zufriedenheit mit der bisherigen Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel und der Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Kontext der Corona-Krise.

Mit der bisherigen Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel sind aktuell zwei Drittel (66 %) der deutschsprachigen Ostbelgierinnen und Ostbelgier (sehr) zufrieden. 31 Prozent sind weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Im Vergleich dazu sind die Befragten mit der Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft deutlich zufriedener: 82 Prozent äußern sich derzeit (sehr) zufrieden, während 17 Prozent das weniger bzw. gar nicht sind.

Damit sind die Zufriedenheitswerte sowohl für die föderale Regierung in Brüssel (plus 7 Prozentpunkte) als auch für das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (plus 10 Prozentpunkte) im Vergleich zur letzten Erhebung wieder gestiegen. Sie liegen derzeit auf dem Vorjahresniveau.

Wie bei der vorherigen Erhebung unterscheidet sich die Zufriedenheit regional. Im Norden äußern sich die Befragten häufiger als in der südlichen Befragungsregion mit der Arbeit des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und mit der föderalen Regierung in Brüssel zufrieden.

Darüber hinaus sind die Jüngeren im Alter von 18 bis 29 Jahren tendenziell zufriedener mit der Arbeit der beiden abgefragten Regierungen als die Älteren, insbesondere im Vergleich zu den 30- bis 44-Jährigen.

Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung und der DG in der Corona-Krise

Im Umgang mit der Corona-Krise sind mit der bisherigen Arbeit der

		föderalen Regierung in Brüssel		Deutschsprachigen Gemeinschaft	
		(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
		%	%	%	%
insgesamt:	Juni 2020	58	37	78	19
	November 2020	51	46	72	26
	März 2021	46	50	68	30
	Juli 2021	66	30	82	16
	Februar 2022	59	38	72	25
	Juli/August 2022	66	31	82	17
Norden		72	25	87	12
Süden		60	37	77	22
Männer		68	30	83	16
Frauen		64	32	80	18
18- bis 29-Jährige		76	22	91	9
30- bis 44-Jährige		51	47	74	26
45- bis 59-Jährige		64	33	76	22
60 Jahre und älter		70	26	85	14
Erwerbstätige		62	35	79	19
Rentner		71	24	85	12
ohne Diplom/Primar		69	22	84	11
mittlerer Abschluss		65	30	83	16
Abitur/Studium		66	32	81	19

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

4 Akzeptanz der politischen Maßnahmen in der Corona-Krise

4.1 Akzeptanz der politischen Maßnahmen

Anders als bei den letzten Befragungen wurden die Befragten in der aktuellen Erhebungswelle gebeten, die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie rückblickend auf ihre Angemessenheit hin einzuschätzen.

Insgesamt fällt die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen rückblickend ähnlich hoch aus wie zu Zeiten, als mehr Maßnahmen in Kraft waren (mit Ausnahme vom März 2021, als die Akzeptanz der Maßnahmen vergleichsweise geringer war).

62 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die getroffenen Maßnahmen angemessen waren. Für 27 Prozent gingen die getroffenen Maßnahmen zu weit und für 9 Prozent nicht weit genug.

Dass die Maßnahmen zu weit gingen, meinen weiterhin Bewohnerinnen und Bewohner im Norden der DG seltener als diejenigen im Süden sowie die Älteren ab 60 Jahren seltener als die jüngeren Befragten.

Einschätzungen zu den politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

Die getroffenen Maßnahmen

		waren angemessen	gingen zu weit	gingen nicht weit genug
		%	%	%
insgesamt:	Juni 2020 *	66	22	10
	November 2020 *	64	17	16
	März 2021 *	51	30	16
	Juli 2021 *	67	20	10
	Februar 2022 *	58	26	12
	Juli/August 2022	62	27	9
Norden		72	15	12
Süden		53	39	6
Männer		64	26	9
Frauen		61	29	9
18- bis 29-Jährige		60	29	11
30- bis 44-Jährige		60	35	5
45- bis 59-Jährige		59	32	8
60 Jahre und älter		69	17	11
Erwerbstätige		62	33	5
Rentner		69	16	12
ohne Diplom/Primar		70	16	10
mittlerer Abschluss		59	29	10
Abitur/Studium		62	29	8

*) Frageformulierung: „Wie schätzen Sie die aktuellen politischen Maßnahmen, um die Corona-Pandemie einzudämmen, generell ein: Sind die getroffenen Maßnahmen Ihrer Meinung nach angemessen, gehen sie zu weit oder gehen sie nicht weit genug?“

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

4.2 Sorgen in Bezug auf die Corona-Pandemie im Herbst 2022

Im Hinblick auf die Corona-Situation im kommenden Herbst wurden die Befragten gebeten anzugeben, inwiefern ihnen verschiedene Aspekte Sorgen bereiten.

Rund einem Drittel (34 %) der Befragten bereitet (sehr) große Sorgen, dass das Infektionsgeschehen und das Ausmaß der Pandemie wieder weiter zunimmt, während das bei der Mehrheit der deutschsprachigen Ostbelgierinnen und Ostbelgiern aktuell weniger (50 %) oder gar nicht der Fall ist (16 %).

Ähnlich fällt das Stimmungsbild im Hinblick darauf aus, dass wieder mehr Einschränkungen getroffen werden müssen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen: Der Mehrheit (62 %) bereitet das weniger große oder keine Sorgen und insgesamt etwas mehr als einem Drittel der Befragten große (32 %) oder sehr große (5 %) Sorgen.

Sorgen in Bezug zur Corona-Situation im Herbst 2022

Wenn sie an die Corona-Situation im kommenden Herbst denken, machen sich über die folgenden Dinge

	sehr große Sorgen	große Sorgen	weniger große Sorgen	keine Sorgen
	%	%	%	%
dass das Infektionsgeschehen und das Ausmaß der Pandemie wieder weiter zunimmt	3	31	50	16
dass wieder mehr Einschränkungen getroffen werden müssen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen	5	32	45	17

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Dass das Infektionsgeschehen und das Ausmaß der Pandemie wieder weiter zunimmt, sorgt Befragte im Norden häufiger als Befragte im Süden der DG und Befragte ab 30 Jahren häufiger als die Jüngeren.

Die Sorge darum, dass wieder mehr Einschränkungen getroffen werden müssen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen, fällt zwischen den verschiedenen Befragtengruppen hingegen im Wesentlichen ähnlich hoch aus.

Sorgen in Bezug zur Corona-Situation im Herbst 2022 II

Es machen sich (sehr) große Sorgen, dass ...	ins-gesamt	Norden	Süden	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
... das Infektionsgeschehen und das Ausmaß der Pandemie wieder weiter zunimmt.	34	39	28	37	31	21	37	37	38
... wieder mehr Einschränkungen getroffen werden müssen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen.	37	34	41	33	42	35	40	42	33

5 Informationsverhalten und Informationsstand

Aktuell wurden alle abgefragten Medien in den vergangenen Wochen von weniger Befragten als Informationsquelle zur Corona-Krise genutzt als noch im Februar dieses Jahres sowie den vorangegangenen Pandemie Jahren.

Diejenigen, die Informationsquellen nutzten, griffen dazu weiterhin am häufigsten auf persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten (61 %), das Fernsehen sowie das Radio (jeweils 56 %) zurück.

45 Prozent informierten sich auf Nachrichtenseiten im Internet und 43 Prozent in Tageszeitungen zur Corona-Pandemie.

Die Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“ wurde dazu von 28 Prozent der Befragten genutzt und damit deutlich seltener als in den vorangegangenen Befragungen.

Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube (24 %) und Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen (23 %) werden derzeit von jeweils ungefähr einem Viertel der Bewohnerinnen und Bewohner der DG als Informationsquelle zur Corona-Krise genutzt.

Genutzte Informationsquellen zur Corona-Krise

In den vergangenen Wochen haben folgende Informationsquellen genutzt, um sich über die Corona-Krise zu informieren:	2020:		2021:		2022:	
	Juni	Novem-ber	März	Juli	Februar	Juli/ August
	%	%	%	%	%	%
persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten	88	86	82	83	72	61
Fernsehen	81	82	82	74	71	56
Radio	78	83	80	76	75	56
Nachrichtenseiten im Internet	66	70	69	63	58	45
Tageszeitungen	60	61	59	56	50	43
Internetseite der DG „Ostbelgienlive.be“	38	44	45	49	40	28
soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube	41	38	34	30	27	24
Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen	34	28	29	33	28	23

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Wie in den vorangegangenen Erhebungen zeigen sich Unterschiede bei der Mediennutzung zwischen den Altersgruppen.

Während die über 59-Jährigen häufiger als die Jüngeren das Fernsehen, das Radio und/oder Tageszeitungen als Informationsquelle zum Corona-Virus nutzen, greifen die 18- bis 29-Jährigen dafür überdurchschnittlich häufig auf soziale Netzwerke oder Nachrichtenseiten im Internet zurück.

In den vergangenen Wochen keine Informationsquelle zur Corona-Krise in Anspruch genommen zu haben, geben die 30- bis 44-Jährigen häufiger als die Jüngeren und Älteren an.

Genutzte Informationsquellen zur Corona-Krise II

In den vergangenen Wochen haben folgende Informationsquellen genutzt, um sich über die Corona-Krise zu informieren:	insgesamt %	18- bis 29-Jährige %	30- bis 44-Jährige %	45- bis 59-Jährige %	60 Jahre und älter %
persönliche Gespräche mit Verwandten, Freunden und Bekannten	61	69	50	57	65
Fernsehen	56	49	39	55	74
Radio	56	45	46	59	68
Nachrichtenseiten im Internet	45	56	47	43	37
Tageszeitungen	43	34	28	42	60
die Internetseite der Deutschsprachigen Gemeinschaft „Ostbelgienlive.be“	28	18	33	32	29
soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter oder YouTube	24	56	23	14	10
Internetseiten von wissenschaftlichen Einrichtungen	23	29	27	20	17
keine Informationsquelle zur Corona-Krise genutzt	12	11	24	12	5

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline, die die Bürgerinnen und Bürger über das Corona-Virus und Hilfsmaßnahmen informiert, ist einer Mehrheit von 73 Prozent der Befragten bekannt.

Unterdurchschnittlich bekannt ist die telefonische Hotline weiterhin bei den unter 30-Jährigen und bei Befragten mit formal geringerem Bildungsabschluss.

Bekanntheit der telefonischen Hotline

Es kennen die vom Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angebotene telefonische Hotline

		%
insgesamt:	Juni 2020	72
	November 2020	66
	März 2021	64
	Juli 2021	72
	Februar 2022	69
	Juli/August 2022	73
	<hr/>	
Norden		74
Süden		73
<hr/>		
Männer		68
Frauen		78
<hr/>		
18- bis 29-Jährige		59
30- bis 44-Jährige		92
45- bis 59-Jährige		77
60 Jahre und älter		68
<hr/>		
Erwerbstätige		82
Rentner		65
<hr/>		
ohne Diplom/Primar		43
mittlerer Abschluss		71
Abitur/Studium		80

6 Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Knapp drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft hält die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel für sehr (20 %) oder eher (53 %) glaubwürdig.

Damit ist das Vertrauen in die Informationen der Regierung geringfügig auf das Niveau der vorangegangenen Sommern 2020 und 2021 angestiegen.

Unter denjenigen, die Regierungsinformationen für glaubwürdig halten, sind häufiger Befragte aus dem Norden als aus dem Süden der DG, 18- bis 29-Jährige häufiger als die Älteren und formal höher Gebildete häufiger als diejenigen mit niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen.

24 Prozent halten die Informationen der föderalen Regierung derzeit für wenig oder gar nicht glaubwürdig.

Glaubwürdigkeit der Informationen der föderalen Regierung

Die Informationen der föderalen Regierung in Brüssel sind glaubwürdig

		sehr	eher	wenig bzw. gar nicht
		%	%	%
insgesamt:	Juni 2020	9	63	25
	November 2020	19	59	18
	März 2021	15	53	29
	Juli 2021	14	61	22
	Februar 2022	11	58	27
	Juli/August 2022	20	53	24
Norden		29	51	17
Süden		12	54	31
Männer		25	50	22
Frauen		15	55	26
18- bis 29-Jährige		36	49	15
30- bis 44-Jährige		22	51	27
45- bis 59-Jährige		14	54	28
60 Jahre und älter		11	56	25
Erwerbstätige		20	50	27
Rentner		12	56	24
ohne Diplom/Primar		11	50	28
mittlerer Abschluss		11	52	34
Abitur/Studium		25	54	20

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Diejenigen, die die Informationen der föderalen Regierung zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, wurden offen und ohne jede Antwortvorgabe nach ihren Gründen für diese Einschätzung gefragt.

Der größte Anteil der Befragten begründet dies mit einem generellen Misstrauen in die Politik (21 %), 18 Prozent mit widersprüchlichen Informationen und 13 Prozent mit einem schnellen Wechsel der Entscheidungen in der Corona-Pandemie.

Eine/r von zehn (10 %) äußert Zweifel am Ausmaß der Pandemie, 8 Prozent konstatieren zu wenig Informationen, 7 Prozent sehen Opfer- und/oder Infektionszahlen skeptisch und 6 Prozent nennen als Grund die mangelnde Kompetenz der Politik.

Nur vereinzelt werden die Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung und/oder einseitige Informationen als Gründe für den Zweifel an den Informationen der föderalen Regierung genannt (jeweils 2 %).

Gründe für Zweifel an den Informationen der föderalen Regierung

	2020:		2021:		2022:	
	Juni %	November %	März %	Juli %	Februar %	Juli/August %
generelles Misstrauen in die Politik	19	24	28	32	16	21
widersprüchliche Informationen	27	24	32	28	25	18
schneller Wechsel der Entscheidungen	9	1	16	3	17	13
Zweifel am Ausmaß der Pandemie	9	11	8	8	19	10
zu wenig Informationen	4	7	6	9	5	8
Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	11	11	10	17	4	7
mangelnde Kompetenz der Politik	11	6	11	11	6	6
Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung	2	4	3	0	7	2
einseitige Informationen	6	8	3	0	9	2
weiß nicht	8	6	4	4	3	7

Basis: Befragte, die die Informationen der föderalen Regierung Brüssel für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten
offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Die große Mehrheit der Befragten – und insbesondere die 18- bis 29-Jährigen – vertrauen den Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft eher (58 %) oder sehr (26 %). Insgesamt 13 Prozent tun dies hingegen wenig bzw. gar nicht.

Im Vergleich zum Jahresanfang ist das Vertrauen wieder geringfügig gestiegen.

Damit fällt das Vertrauen in die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter den deutschsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner Ostbelgiens – wie in den vorangegangenen Befragungen – höher als in die Informationen der föderalen Regierung aus.

Glaubwürdigkeit der Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind glaubwürdig

		sehr	eher	wenig bzw. gar nicht
		%	%	%
insgesamt:	Juni 2020	21	65	11
	November 2020	26	60	11
	März 2021	23	60	15
	Juli 2021	22	63	12
	Februar 2022	16	63	17
	Juli/August 2022	26	58	13
Norden		36	53	10
Süden		18	63	17
Männer		31	55	14
Frauen		22	61	14
18- bis 29-Jährige		43	53	4
30- bis 44-Jährige		31	49	20
45- bis 59-Jährige		18	62	17
60 Jahre und älter		19	64	13
Erwerbstätige		26	55	17
Rentner		20	64	12
ohne Diplom/Primar		20	62	13
mittlerer Abschluss		20	65	14
Abitur/Studium		30	55	13

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Diejenigen, die die Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Corona-Krise für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten, begründen dies am häufigsten mit einer Abhängigkeit der DG von höheren Ebenen (29 %), beispielsweise von der föderalen Regierung in Brüssel.

15 Prozent nennen widersprüchliche Informationen, 11 Prozent artikulieren ein generelles Misstrauen in die Politik und 9 Prozent eine wahrgenommene mangelnde Kompetenz der Politik. 7 Prozent zweifeln am Ausmaß der Pandemie, indem die Reaktion darauf für übertrieben eingeschätzt wird.

Vergleichsweise seltener begründen die Befragten ihr geringes Vertrauen in die bereitgestellten Informationen mit einer Skepsis über Opfer- und/oder Infektionszahlen (5 %), einer wahrgenommenen Uneinigkeit bei der Entscheidungsfindung (4 %) und innerhalb der Gemeinschaft (3 %).

Gründe für Zweifel an den Informationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

	2020:		2021:		2022:	
	Juni %	Novem- ber %	März %	Juli %	Februar %	Juli/ August %
Abhängigkeit von höheren Ebenen	21	9	22	23	24	29
widersprüchliche Informationen	19	24	16	18	16	15
generelles Misstrauen in die Politik	16	17	14	25	16	11
mangelnde Kompetenz der Politik	8	7	5	12	9	9
Zweifel am Ausmaß der Pandemie	6	15	2	3	14	7
Skepsis über Opfer-/Infektionszahlen	3	2	6	7	10	5
Uneinigkeit in der Entscheidungsfindung	1	5	1	0	1	4
Uneinigkeit innerhalb der Gemeinschaft	-	-	-	-	6	3
weiß nicht	20	18	17	12	8	4

Basis: Befragte, die die Informationen der DG für wenig oder gar nicht glaubwürdig halten
offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich

Den Befragten wurden erneut verschiedene Aussagen zum Corona-Virus vorgelegt, mit der Bitte deren Glaubwürdigkeit einzuschätzen.

Dass das Coronavirus nicht gefährlicher als eine Grippe ist, hält aktuell ein Viertel der Befragten (25 %) für glaubwürdig.

19 Prozent meinen, dass die öffentlich-rechtlichen Medien und die meisten Zeitungen gezielt Lügen in Bezug auf das Corona-Virus verbreiten, um die Menschen zu manipulieren.

Jede/r Zehnte (10 %) ist der Ansicht, dass das Corona-Virus nur ein Vorwand ist, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken.

Weiterhin kaum jemand (4 %) hält für glaubwürdig, dass Microsoft-Gründer Bill Gates hinter der Corona-Pandemie steckt, der die Politik bestochen hat.

Dabei ergeben sich im Vergleich zu den Befragungsergebnissen vom Jahresbeginn keine wesentlichen Veränderungen.

Glaubwürdigkeit verschiedener Aussagen zum Corona-Virus

Es halten die Aussage für glaubwürdig:	2020:		2021:		2022:	
	Juni	Novem- ber	März	Juli	Februar	Juli/ August
	%	%	%	%	%	%
Das Coronavirus ist nicht gefährlicher als eine Grippe	-	-	-	15	19	25
Die öffentlich-rechtlichen Medien und die meisten Zeitungen verbreiten gezielt Lügen in Bezug auf das Corona-Virus, um die Menschen zu manipulieren	-	-	-	22	23	19
Das Corona-Virus ist nur ein Vorwand, um die Freiheitsrechte der Bürger dauerhaft einzuschränken	12	10	13	12	9	10
Hinter der Corona-Pandemie steckt Microsoft-Gründer Bill Gates, der die Politik bestochen hat	-	-	-	-	3	4

7 Corona-Impfungen

7.1 Impfstatus und Impfbereitschaft

72 Prozent aller Befragten sind nach eigenen Angaben dreimal gegen das Corona-Virus geimpft. Von den dreifach Geimpften sind mehr als zwei Drittel (71 %) ebenfalls bereit, sich ein viertes Mal impfen zu lassen, sofern das medizinisch empfohlen wird.

Darüber hinaus haben 12 Prozent aller Befragten zwei Impfungen und 6 Prozent bereits vier Impfungen gegen das Corona-Virus erhalten.

Nicht gegen das Corona-Virus geimpft sind den eigenen Angaben zufolge insgesamt 7 Prozent der Befragten. Von den Ungeimpften möchten sich die meisten Befragten gar nicht impfen lassen, während nur vereinzelt eine abwartende Haltung angegeben wird.

Impfstatus und Impfbereitschaft I

Es geben zu ihrem Impfstatus bzw. ihrer Impfbereitschaft an:	insgesamt %
einmal geimpft	0
zweimal geimpft	12
dreimal geimpft	72
viermal geimpft	6
keine Impfung, will lieber abwarten	1
keine Impfung und will sich gar nicht impfen lassen	6
bereit, sich ein viertes Mal gegen das Corona-Virus impfen zu lassen, sofern medizinisch empfohlen *	71

*) Basis: Befragte, die dreimal geimpft sind

Ältere Befragte ab 60 Jahren sind häufiger als die Jüngeren bereits viermal gegen das Corona-Virus geimpft.

Impfstatus und Impfbereitschaft II

Es geben zu ihrem Impfstatus bzw. ihrer Impfbereitschaft an:	ins- gesamt	18- bis 29- Jährige	30- bis 44- Jährige	45- bis 59- Jährige	60 Jahre und älter	Erwerbs- tätige	Rentner
	%	%	%	%	%	%	%
einmal geimpft	0	0	0	1	1	0	1
zweimal geimpft	12	24	17	8	5	14	5
dreimal geimpft	72	60	69	82	73	74	73
viermal geimpft	6	2	3	2	16	2	16
keine Impfung, will lieber abwarten	1	2	3	1	1	2	1
keine Impfung und will sich gar nicht impfen lassen	6	11	6	5	4	6	3

Darüber hinaus wurde die Bereitschaft in der Bevölkerung der DG ermittelt, sich regelmäßig gegen das Corona-Virus impfen zu lassen.

Aktuell ist etwas mehr als die Hälfte der Befragten (55 %) bereit, sofern es medizinisch empfohlen wird, sich regelmäßig gegen das Corona-Virus impfen zu lassen.

Im Vergleich zum Februar dieses Jahres fällt die Impfbereitschaft damit minimal geringfügiger aus.

Überdurchschnittlich hoch ist die Impfbereitschaft bei Befragten im Norden der DG, bei Männern, Befragten ab 60 Jahren sowie formal gering Gebildeten.

Impfbereitschaft für regelmäßige Corona-Impfung

Es wären bereit, sofern es medizinisch empfohlen wird, sich regelmäßig gegen das Corona-Virus impfen zu lassen

		%
insgesamt:	Februar 2022	62
	Juli/August 2022	55
Norden		68
Süden		43
Männer		65
Frauen		46
18- bis 29-Jährige		52
30- bis 44-Jährige		50
45- bis 59-Jährige		52
60 Jahre und älter		65
Erwerbstätige		47
Rentner		66
ohne Diplom/Primar		68
mittlerer Abschluss		52
Abitur/Studium		55

Diejenigen, die sich nicht gegen das Corona-Virus impfen lassen wollen, begründen diese Entscheidung aktuell mit Abstand am häufigsten mit einem guten Zustand des eigenen Immunsystems bzw. damit, dass eine Corona-Infektion allgemein nicht sehr schwerwiegend sei oder bei ihnen persönlich war (41 %).

Jeweils 13 Prozent nennen gesundheitliche Gründe, die dem aus ihrer Sicht entgegenstehen und/oder dass ihnen die Wirksamkeit der Impfung unklar ist und 11 Prozent begründen die Entscheidung gegen die Impfung mit der eigenen Immunität bzw. der überstandenen Erkrankung.

Vergleichsweise seltener werden die Angst vor Nebenwirkungen bzw. deren aktuelle Unvorhersehbarkeit (9 %), die (zu) schnelle Entwicklung von Impfstoffen (6 %), eine generelle Ablehnung von Impfungen (5 %) oder fehlende Informationen über Impfstoffe genannt (2 %).

Aufgrund der geringen Fallzahlen können diese Angaben jedoch lediglich als Tendenzangaben betrachtet werden.

Gründe gegen eine Impfung

	Befragte, die sich nicht impfen lassen wollen
	%
gutes Immunsystem/Corona ist nicht schlimm	41
Wirksamkeit der Impfung unklar	13
gesundheitliche Gründe (Erkrankung, Allergien)	13
Immunität, überstandene Erkrankung	11
Angst vor Nebenwirkungen, Nebenwirkungen noch unklar	9
Zulassung/Entwicklung ging zu schnell, Impfstoffe sind nicht richtig getestet	6
generelle Ablehnung von Impfungen	5
zu wenig Informationen über Impfstoffe	2
keine Langzeitstudien, Langzeitfolgen unklar	1

offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich, Tendenzangaben aufgrund sehr geringer Fallzahlen

7.2 Meinungen und Einstellungen zur Corona-Impfung

Derzeit wird immer wieder mal die Einführung einer generellen Impfpflicht für Corona-Impfungen diskutiert. Auch in dieser Erhebungswelle wurden die Bürgerinnen und Bürger der DG dazu befragt.

Anders als im Winter 2022 präferiert nun eine Mehrheit von 57 Prozent die Beibehaltung einer freiwilligen Impfung (plus 14 Prozentpunkte).

Knapp ein Viertel (23 %) – und damit deutlich weniger Befragte als vor einem halben Jahr – spricht sich aktuell für die Einführung einer Impfpflicht für alle Bürger aus, solange keine gesundheitlichen Gründe dagegensprechen, und 18 Prozent präferieren eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen wie beispielsweise für Personal im Gesundheitssektor.

Keine Mehrheit findet die Beibehaltung der freiwilligen Impfung jedoch bei Befragten im Norden der DG, bei Männern, älteren Befragten ab 60 Jahren und Rentner/innen.

Meinungen zur Impfpflicht

Es präferieren

		eine Impfpflicht für alle Bürger, solange keine gesundheitlichen Gründe dagegensprechen	weiterhin eine freiwillige Impfung	eine Impfpflicht nur für bestimmte Berufs- gruppen (z.B. Personal im Gesundheitssektor)
		%	%	%
insgesamt:	Februar 2022	42	43	13
	Juli/August 2022	23	57	18
Norden		29	45	23
Süden		17	69	13
Männer		26	47	25
Frauen		21	67	11
18- bis 29-Jährige		11	59	28
30- bis 44-Jährige		21	58	19
45- bis 59-Jährige		25	65	9
60 Jahre und älter		32	49	17
Erwerbstätige		20	67	12
Rentner		34	46	18
ohne Diplom/Primar		30	50	17
mittlerer Abschluss		27	60	12
Abitur/Studium		20	57	20

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Nach wie vor sieht die große Mehrheit der Befragten die Impfung als den besten Weg an, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen (81 %).

Dass die Impfstoffe noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar sind, sieht weiterhin rund die Hälfte (51 %) der Befragten so.

Weiterhin 31 Prozent meinen, dass Impfungen gegen das Corona-Virus für alle nicht nötig seien, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend sei.

Vergleichsweise seltener wird die Impfung nach wie vor als gefährlich beurteilt. So ist eine/r von zehn (10 %) der Ansicht, dass die Impfungen gefährlicher als das Corona-Virus selbst seien, eine Impfung unfruchtbar mache oder mit der Impfung den Menschen ein elektronischer Chip installiert werde, der den Menschen schaden solle (jeweils 2 %).

Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus

	Es stimmen der Aussage zur Impfung gegen das Corona-Virus zu			
	voll und ganz	eher	eher nicht	überhaupt nicht
	%	%	%	%
Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	50	31	10	8
Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	19	32	27	19
Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	10	21	31	34
Die Impfungen sind gefährlicher als das Coronavirus selbst	3	7	27	60
Eine Impfung gegen das Corona-Virus macht unfruchtbar	0	2	25	62
Mit der Impfung wird den Menschen ein elektronischer Chip installiert, der den Menschen schaden soll	0	2	7	90

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

Im Süden fallen Einschätzungen zur Impfung tendenziell häufiger skeptisch als im Norden der DG aus: Befragte sehen die Impfung seltener als den besten Weg, sich und andere zu schützen, halten eine Impfung für alle häufiger für nicht nötig oder erachten sie häufiger für gefährlicher als das Corona-Virus selbst.

Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus II

Es stimmen den Aussagen zur Impfung gegen das Corona-Virus voll und ganz bzw. eher zu:	insgesamt	2021: Juli	2022: Februar	Juli/August	Männer	Frauen	Norden	Süden
	%	%	%	%	%	%	%	%
Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	81	86	84	81	85	76	90	71
Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	51	62	48	51	37	65	44	58
Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	31	26	31	31	28	35	20	43
Die Impfungen sind gefährlicher als das Coronavirus selbst	10	10	8	10	7	12	4	15
Eine Impfung gegen das Corona-Virus macht unfruchtbar	2	-	3	2	2	2	1	3
Mit der Impfung wird den Menschen ein elektronischer Chip installiert, der den Menschen schaden soll	2	3	1	2	2	2	1	3

Befragte ab 45 Jahren meinen häufiger als die Jüngeren, dass die Impfstoffe noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar seien.

Einschätzungen zur Impfung gegen das Corona-Virus III

Es stimmen den Aussagen zur Impfung gegen das Corona-Virus voll und ganz bzw. eher zu:	insgesamt	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%
Eine Impfung ist der beste Weg, sich und andere vor einer ernsthaften Erkrankung durch das Corona-Virus zu schützen	81	82	82	76	83
Die Impfstoffe sind noch nicht ausreichend getestet und mögliche Langzeitfolgen bzw. Nebenwirkungen noch nicht absehbar	51	41	47	57	56
Impfungen gegen das Corona-Virus für alle sind nicht nötig, da die Erkrankung für die meisten Bürger nicht schwerwiegend ist	31	33	31	32	31
Die Impfungen sind gefährlicher als das Coronavirus selbst	10	7	11	9	11
Eine Impfung gegen das Corona-Virus macht unfruchtbar	2	2	0	4	3
Mit der Impfung wird den Menschen ein elektronischer Chip installiert, der den Menschen schaden soll	2	0	0	3	4

Nach wie vor fühlt sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der DG ausreichend über das Thema „Corona-Impfung“ informiert (91 %).

9 Prozent würden gerne noch mehr darüber erfahren.

Informiertheit über das Thema „Corona-Impfung“

Es fühlen sich alles in allem ausreichend über das Thema „Corona-Impfung“ informiert

		ja	nein, es würden gerne noch mehr erfahren
		%	%
insgesamt:	März 2021	81	19
	Juli 2021	89	10
	Februar 2022	89	11
	Juli/August 2022	91	9
Norden		92	8
Süden		90	10
Männer		89	10
Frauen		92	8
18- bis 29-Jährige		93	7
30- bis 44-Jährige		87	13
45- bis 59-Jährige		92	7
60 Jahre und älter		89	10
Erwerbstätige		92	8
Rentner		89	11
ohne Diplom/Primar		85	15
mittlerer Abschluss		91	8
Abitur/Studium		91	9

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“/keine Angabe

8 Zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse

Allgemeines Stimmungsbild und Betroffenheit von der Corona-Krise

Das generelle Stimmungsbild der Bewohnerinnen und Bewohner der DG Belgiens scheint sich aktuell tendenziell verschlechtert zu haben. Der Optimismus in Bezug auf die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten aus dem Sommer 2021 hat sich im Sommer 2022 – sicherlich auch im Anbetracht der Auswirkungen anderer aktueller Krisensituationen – nicht verfestigt. Vielmehr sind die allgemeinen, nicht-coronaspezifischen Erwartungen der wirtschaftlichen Entwicklung wie bereits im Februar 2022 weiter leicht zurückgegangen. Darüber hinaus blicken derzeit auch weniger Ostbelgierinnen und Ostbelgier als die vergangenen 11 Jahre optimistisch in die persönliche Zukunft.

Im Kontext der Corona-Pandemie bereiten den Bürgerinnen und Bürgern derzeit vor allem weitere Pandemiewellen bzw. ein erneuter Lockdown und im geringeren Maße auch die Angst vor einer langanhaltenden Pandemie Sorgen. Insgesamt thematisieren die Bewohnerinnen und Bewohner der DG aktuell jedoch seltener Sorgen im Zusammenhang mit der Corona-Krise als noch im Winter dieses Jahres.

In dem Sinne fühlen sich deutlich weniger Bewohnerinnen und Bewohner der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrem persönlichen Leben durch die Corona-Krise eingeschränkt. Lediglich 8 Prozent der Befragten geben dies noch an.

Und auch über zwei Jahre nach Pandemiebeginn können viele Befragte positive Erfahrungen und Erlebnisse im Kontext der Corona-Pandemie nennen, insbesondere einen Zugewinn an Zeit (mit der Familie) und das Arbeiten und Lernen von zuhause aus.

Trotz der weniger optimistischen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten hat sich in Bezug auf die eigene finanzielle Situation durch die Corona-Krise für die große Mehrheit der Bürger in Ostbelgien weiterhin nichts wesentlich verändert.

Krisenmanagement der Regierung und politische Maßnahmen

Die Zufriedenheit mit der Arbeit der föderalen Regierung in Brüssel und mit dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Umgang mit der Corona-Krise, die zuletzt gesunken war, hat aktuell wieder zugenommen und liegt auf dem Vorjahresniveau.

Mit der bisherigen Arbeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind dabei nach wie vor deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger zufrieden als mit dem Krisenmanagement der föderalen Regierung in Brüssel.

Auch rückblickend hält eine große Mehrheit der Befragten die getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie insgesamt für angemessen und hat ihre Sicht darauf nicht wesentlich verändert.

Die Befürwortung einer generellen Impfpflicht ist gegenüber der Befragung im Winter 2022 jedoch spürbar zurückgegangen. Die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner der DG spricht sich aktuell für die Beibehaltung einer freiwilligen Impfung aus.

Der Corona-Situation im kommenden Herbst blickt die Mehrheit der befragten Ostbelgierinnen und Ostbelgien weitgehend gelassen entgegen. In etwa zwei Drittel der Befragten sorgt es weniger oder nicht, dass das Infektionsgeschehen und das Ausmaß der Pandemie wieder weiter zunimmt und wieder mehr Einschränkungen getroffen werden müssen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen.

Glaubwürdigkeit der offiziellen Informationen zur Corona-Krise

Knapp drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger in Ostbelgien halten die Informationen der föderalen Regierung zur Corona-Krise für glaubwürdig. Somit hat das Vertrauen in die offiziellen Informationen im Vergleich zum Jahresanfang wieder geringfügig zugenommen.

Die Glaubwürdigkeit des Ministeriums der DG bleibt weiterhin deutlich höher als die der föderalen Regierung: Mit leichtem Zugewinn im Vergleich zur Vorgängerbefragung halten aktuell 84 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Informationen der DG zur Corona-Krise für glaubwürdig.